



Standpunkte.

Bericht aus Berlin | Ausgabe: 12. April 2024 |

Mit Herz und Leidenschaft für Hochtaunus & Oberlahn

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

auch in dieser Woche beschäftigen uns die Krisenlagen dieser Welt. Aber auch innenpolitische Themen wurden kontrovers diskutiert. Neben den Themenblöcken Bekämpfung des Antisemitismus, die Notwendigkeit einer Wirtschaftswende und Lehren aus der Polizeilichen Kriminalstatistik haben wir einen Antrag zur Nutzung der Kernenergie in der Energiekrise und unseren Gesetzentwurf zur Bekämpfung von Wohnungseinbrüchen diskutiert.

Besonders kontrovers ist die Einführung des Selbstbestimmungsgesetzes. Mit diesem Gesetzentwurf will die Ampel-Koalition das Transsexuellengesetz in Deutschland ersetzen. Demnach soll es transsexuellen, intergeschlechtlichen und nichtbinären Menschen ermöglicht werden, ihren Geschlechtseintrag und Vornamen ohne Weiteres zu ändern. Nach einem Jahr kann erneut eine Erklärung zur Änderung des Geschlechtseintrags und Vornamens abgegeben werden.

Wir sind offen für eine pragmatische Anpassung des Verfahrens zur Änderung des Namens bzw. des Personenstands von transgeschlechtlichen Menschen, um den Eindruck diskriminierender Regeln

entgegenzutreten. Die Pläne der Ampelkoalition gehen in ihrem extremen und pauschalen Ansatz jedoch zu weit. Sie entwerfen die Beweiskraft öffentlicher Register und haben keine Lösungen für die bereits vorprogrammierten Auswirkungen in anderen Bereichen. Bereits der Namen „Selbstbestimmungsgesetz“ suggeriert, dass geschlechtliche Identität für jeden Menschen zu jedem Zeitpunkt frei wählbar sei und sein muss und dass sich die geschlechtliche Identität im Laufe eines Lebens gegebenenfalls mehrfach ändert.

Die vorgelegten Eckpunkte für ein solches Gesetz sind aus Sicht meiner Fraktion Teil einer fragwürdigen Identitätspolitik. Biologisches und soziales Geschlecht sollen entkoppelt und der Beliebigkeit hingegeben werden. Wir wollen eine Lösung, die die Interessen der Betroffenen ernst nimmt und ihren besonderen Lebenssituationen durch ein möglichst schonendes Verfahren zur Änderung des Vornamens und des Geschlechtseintrags Rechnung trägt, aber dabei die Trennung von rechtlichem und biologischem Geschlecht nicht beliebig macht und möglichem Missbrauch vorbeugt.

Herzliche Grüße,

Ihr Markus Koob



Schwerpunkte dieser Ausgabe

- Unterstützung für die Ukraine konsequent fortsetzen
- Schlechtes Zeugnis für Ampel-Energiepolitik durch den Bundesrechnungshof
- Die erste Besuchergruppe des Jahres zu Gast in Berlin
- Gute Nachrichten der Woche: Abholzung im Amazonasgebiet sinkt

Antisemitismus weiter bekämpfen!

Seit dem Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 ist Antisemitismus auf deutschen Straßen, in Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen sowie im Kunst- und Kulturbetrieb in erschreckender und alarmierender Weise zutage getreten. Jüdische Bürgerinnen und Bürger, Schüler, Lehrkräfte, Studenten und Wissenschaftler erfahren noch häufiger als zuvor Anfeindungen und Angriffe.

Der Deutsche Bundestag hat sich am 12. Oktober 2023 in einer bemerkenswerten, einstimmigen Resolution klar an die Seite der Jüdinnen und Juden und an die Seite des Staates Israel gestellt. Auf der Grundlage dieser klaren Positionierung haben wir in weiteren Gesetzentwürfen und Anträgen den rechtlichen und politischen Handlungsbedarf herausgearbeitet. Bedauerlicherweise waren die Parteien der Ampel-Koalition – SPD, Bündnis90/Die Grünen und die FDP – nicht bereit, mit uns ernsthaft über wirksame Maßnahmen zu sprechen. Nach mehreren Wochen des Hinhaltens, Verzögerns und Taktierens sowie einiger untauglicher – weil inhaltlich unzureichender – Vorschläge seitens der Ampel-Koalition haben wir uns nun entschlossen, unsere Gesetzentwürfe und Initiativen in eigener Verantwortung erneut im Plenum zur Debatte zu stellen.

Standpunkt: In unserem Leitantrag zur Vereinbarten Debatte am 9. November 2024 – 85 Jahre nach der „Reichspogromnacht“ – haben wir festgehalten: Der Staat Israel kann sich unserer unverrückbaren und anhaltenden Solidarität sicher sein. Es darf keinen Zweifel geben,

wo die demokratischen Kräfte in Deutschland stehen: An der Seite Israels und an der Seite der Jüdinnen und Juden in Deutschland. Diese Solidarität und Gewissheit müssen auch morgen und übermorgen noch gelten, wenn der Krieg im Nahen Osten länger dauert oder zu Ende ist. Die Solidarität darf auch dann nicht nachlassen, wenn Antisemiten und Israelhasser ihre Parolen auf deutsche Straßen tragen. Dieses Versprechen lösen wir ein. In unserem Leitantrag haben wir 49 Punkte für eine wirksame Unterstützung Israels und eine entschlossene Bekämpfung des Antisemitismus niedergelegt. Darüber hinaus legen wir mit zwei Gesetzentwürfen Regelungen vor, damit Gesetzeslücken geschlossen werden. Dies betrifft insbesondere die verstärkte strafrechtliche Ahndung antisemitischer Äußerungen und die Strafbarkeit der Sympathiewerbung für Terrororganisationen. Darüber hinaus fordern wir eine Anpassung des Staatsangehörigkeitsrechts, um die Einbürgerung von Antisemiten und Hamas-Unterstützern zu unterbinden.

Abschließend legen wir einen Antrag zur Bekämpfung des Antisemitismus in Bildung und Forschung vor. Jüdische Schüler haben mitunter Angst, zur Schule zu gehen, jüdische Studenten und Forscher sind Übergriffen ausgesetzt. Mit unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung zum Handeln auf. Hochschulgesetze müssen angepasst werden, damit die Möglichkeit der Exmatrikulation insbesondere bei antisemitischen Gewalttaten besteht. Das staatlich vergebene Label der „Exzellenz“ in Wissenschaft und Forschung dürfen aus unserer Sicht künftig nur solche Einrichtungen erhalten, die konsequent gegen Antisemitismus vorgehen. Wir setzen uns für die Förderung von Forschung und Bildungsprogrammen ein, die sich dem Kampf gegen Antisemitismus widmen und jüdisches Leben stärken. •

Wirtschaftswende jetzt!

Die Weltwirtschaft wächst. Derweil trüben sich die Aussichten für die deutsche Volkswirtschaft im Jahr 2024 weiter ein. Schon im Jahr 2023 schrumpfte sie um 0,3 Prozent, das produzierende Gewerbe sogar um 1,5 Prozent. Es häufen sich die Berichte, dass Unternehmen Teile oder gar die gesamte Produktion aufgrund der hierzulande ungünstiger werdenden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in das europäische oder außer-europäische Ausland verlagern. Die Ampel-Regierung hat Deutschland auf einen Pfad des wirtschaftlichen Abstiegs geführt.

***Standpunkt:** Deutschland braucht jetzt eine Wirtschaftswende. Wir sind ein starkes Land mit viel ökonomischer Substanz, tatkräftigen Arbeitnehmern und innovativen Unternehmen. Zur Entfaltung dieser Stärke muss die Bundesregierung die Rahmenbedingungen des Standorts Deutschland deutlich verbessern. Der Fraktionsvorsitzende Friedrich Merz MdB und der Erste Stellvertretende Vorsitzende Alexander Dobrindt MdB hatten Anfang Februar den Bundeskanzler in einem Brief dazu aufgefordert, neben mittel- und langfristigen Maßnahmen zur Stärkung der strukturellen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft jetzt ein Paket aus Sofortmaßnahmen auf den Weg zu bringen, um den Standort Deutschland zu sichern und zu stärken. Eine Antwort blieb bis heute aus. Dass unsere Argumente zumindest in Teilen der Bundesregierung aufgegriffen werden, zeigen Wortmeldungen des Bundesfinanzministers aus der vergangenen Woche. Unsere Vorschläge stellen wir mit einem Antrag zur Abstimmung im Bundestag.*

Wir geben der FDP-Bundestagsfraktion die Gelegenheit, sich diesem anzuschließen.

Unser Sofortprogramm umfasst 12 Punkte, darunter die steuerliche Begünstigung von Überstunden für Vollzeitbeschäftigte; die Einführung von strengeren Sanktionen für Bürgergeldbezieher, wenn die Arbeitsaufnahme verweigert wird; die vollständige Rücknahme der von der Ampel beschlossenen Steuererhöhung für Landwirte; sowie die dauerhafte Senkung der Stromsteuer auf das europäische Minimum und die Halbierung der Netzentgelte. •

Konsequenzen aus Polizeilicher Kriminalstatistik ziehen!

In dieser Woche wurde die Polizeiliche Kriminalstatistik für das Jahr 2023 bekannt. Die Zahl registrierter Straftaten in Deutschland ist demnach um 5,5 Prozent auf 5,94 Millionen gestiegen. Die Anzahl der Fälle von Gewaltkriminalität erreichte rund 214.000 Fälle. Das ist der höchste Stand seit 2007 und ein Anstieg um 18,3 Prozent gegenüber dem Vor-Corona-Jahr 2019. Auch die Zahl der Tatverdächtigen stieg deutlich, nämlich um 7,3 Prozent auf 2,2 Millionen. Von diesen haben 923.269 Personen keinen deutschen Pass, das sind rund 41 Prozent. Zum Vergleich: Der Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung betrug Ende 2022 ca. 15 Prozent.

Bei Kindern und Jugendlichen fällt der Anstieg besonders deutlich aus: Im Jahr 2023 wurden 104.233 tatverdächtige Kinder ermittelt. Der Wert liegt um 43,0 Prozent als im Vor-Corona-Jahr 2019.

Die Anzahl der als tatverdächtig registrierten Jugendlichen liegt mit 207.149 um 17,0 Prozent über dem Wert von 2019 (177.082 Tatverdächtige). Der Anstieg bei den Kindern und Jugendlichen zeigt sich vor allem bei den nichtdeutschen Tatverdächtigen.

Diese Zahlen sind ein Alarmsignal, insbesondere was den hohen Anteil von Ausländern unter den Tatverdächtigen betrifft. Wir machen diese Zahlen deshalb in dieser Sitzungswoche im Rahmen einer „Aktuellen Stunde“ zum Gegenstand der Parlamentsdebatte.

Standpunkt: Die deutliche Zunahme der Kriminalität im zweiten Jahr in Folge ist besorgniserregend. Gerade die Höchststände bei der Gewaltkriminalität, bei Straftaten durch Kinder und Jugendliche sowie der überproportionale Anteil an nichtdeutschen Tatverdächtigen sind erschreckend. Diese Entwicklungen bedürfen einer klaren und wirksamen politischen Antwort. Jetzt ist die Bundesinnenministerin gefragt: Frau Faeser muss mit ihren Länderkollegen schnellstens einen Aktionsplan erarbeiten. Polizei und Justiz brauchen jetzt unsere maximale Unterstützung. Die Bundesregierung muss ihnen den Rücken stärken, anstatt ihnen – mit Extremismus-Verdächtigungen und neuen Aufsichtsstellen – in den Rücken zu fallen. Ein wichtiger Schritt wäre zudem ein „Pakt für den Rechtsstaat 2.0“, damit Strafe möglichst rasch auf dem Fuße folgt. Gerade bei Jugendlichen und Heranwachsenden ist das wichtig.

Die Bundesregierung muss darüber hinaus ihre Prioritäten neu und richtig ordnen. Sie muss auch unbequeme Wahrheiten in den Blick nehmen. Dazu gehört, dass die weiter hohe irreguläre und unkontrollierte Migration immer mehr auch zu einem Sicherheitsrisiko wird. •

Herzlich willkommen, Frau Botschafterin!

Regelmäßige Personalrotationen sind auf diplomatischen Posten nicht unüblich. Am vergangenen Donnerstag hatte ich die Freude im Rahmen eines Empfangs die neue Botschafterin Australiens, Natasha Smith, kennenzulernen. Gute und enge Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern sind für mich als zuständigem Berichterstatter im Auswärtigen Ausschuss von vitalem Interesse. Bereits zweimal hatte ich die Freude, in Down Under zu Gast zu sein und habe gut und vertrauensvoll mit dem ehemaligen Botschafter Philip Green zusammengearbeitet. Ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit und heiße Sie herzlich willkommen in Berlin! •



Meine Kollegin Annette Widmann-Mauz (li.) und ich heißen Botschafterin Smith herzlich willkommen.

Die gute Nachricht der Woche
**Abholzung im Amazonas-
gebiet sinkt drastisch**

Die Abholzung im brasilianischen Amazonasgebiet ist zu Jahresbeginn auf den niedrigsten Wert seit sechs Jahren zurückgegangen. Im Januar und Februar sank die Entwaldung um 63 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum auf 196 Quadratkilometer, wie die Umweltschutzorganisation Imazon mitteilte. Das entspricht in etwa der Fläche von Hannover. Trotz des deutlichen Rückgangs wurde in den ersten zwei Monaten des Jahres noch immer Regenwald auf einer Fläche von durchschnittlich 327 Fußballfeldern pro Tag abgeholzt. Auch in anderen Landesteilen Brasiliens geht die Abholzung weiter – hier müssen wir weitere Anstrengungen forcieren!

Der Amazonas-Regenwald gilt als CO₂-Speicher und hat eine wichtige Funktion im globalen Kampf gegen den Klimawandel. •